

„Wir machen Wien sicherer“

Zur Sicherheitsinitiative der U-Bahn-Zeitung *Heute*

Sicherheit hat eigentlich immer Konjunktur, bildet sie doch die zentrale Basis unseres Daseins in den unterschiedlichsten Lebensbereichen. Je eher wir uns darauf verlassen können, dass uns – möglichst umfassend – funktionierende Grundlagen gegeben sind, desto höher schätzen wir auch unsere Lebensqualität ein. Damit wird auch klar: Inhalt und Schärfe gewinnt der Begriff „Sicherheit“ in Abhängigkeit vom Bezugssystem.

Dieser Relevanz entsprechend ist Sicherheit auch in medialen Diskursen omnipräsent. Anlass, einen Blick auf mediale Konstruktionen zu und von Sicherheit zu werfen: Welche Themen werden in diesem Zusammenhang aufgegriffen – wie wird das „Gefäß Sicherheit“ mit Inhalt befüllt? Und welchen Zielen bzw. wessen Interessen ist damit schlussendlich gedient?

Die auffälligste und auch (vom Zeitraum her) dichteste Presse der letzten Monate erfuhr das Thema Sicherheit sicherlich im April 2006 in der U-Bahn-Zeitung *Heute*. Die Kampagne¹ „Wien wird sicherer“, die vom 7.4.06 bis zum 21.4.06 einige Titelblätter schmückte und noch mehr Seiten füllte, soll in diesem Beitrag genauer betrachtet werden.

Um die *Heute*-Beiträge auch gemäß ihrem Entstehungskontext einordnen zu können, gilt es zunächst jedoch, einen Überblick über alle Presseaussendungen des Monats April zum Thema Sicherheit zu gewinnen.

Presseaussendungen im April im Überblick

Insgesamt gingen im April 2006 482 OTS-Meldungen zum Stichwort „Sicherheit“ ein². Schwerpunktmäßig gliedern sich diese wie folgt:

Sicherheit		
Verkehr	164	34,0%
Wirtschaft	123	25,6%
Bildung	42	8,7%
Gesundheit	42	8,7%
Umwelt	39	8,0%
Kriminalität	17	3,5%
Unfallprävention	15	3,2%
Sonstiges ³	40	8,3%
Gesamt	482	100,0%

1 „Kampagne (ursprünglich Campagne = ‚Feldzug‘, Anm.) ist die dynamische und bewusste (Mit-)Gestaltung von Veränderungsprozessen, bei der durch gezielte Kommunikationsstrategien und Interventionen in Auseinandersetzungen mit den spezifischen Interessen und Verhalten anderer die Verwirklichung der eigenen Ziele angestrebt wird.“ (<http://de.wikipedia.org/wiki/Kampagne>)

2 Quelle: APA: www.ots.at

3 Hier sind einerseits vermischte Meldungen erfasst, die sich etwa auf Hunde in der Stadt oder Sicherheit im Internet beziehen, sowie all

Die mit Abstand meisten Presseaussendungen erfolgten zum Thema Verkehr. Es ging um Verkehrsunfälle und -tote, verkehrspolitische Maßnahmen, Straßenumbau etc. An zweiter Stelle der Reihung steht die Wirtschaft – der „Fall BAWAG“ war gerade aufgekommen, ex aequo gefolgt von Bildung und Gesundheit und schließlich Umweltthemen wie etwa Atompolitik und Landwirtschaft. Kriminalität liegt knapp vor der „Unfallverhütung“ und nimmt einen verhältnismäßig geringen Anteil der Gesamtzahl der Nennungen ein. Inhaltlich befassen sich lediglich 6 der 17 Meldungen tatsächlich konkret mit Kriminalität, in den übrigen 11 wird über die Personalvertretungswahlen bei der Polizei berichtet, werden Diskussionsveranstaltungen angekündigt und schließlich Parteiprogramme vorgestellt.

Eine entsprechende Verteilung der aufgelisteten Themen findet sich allerdings nur zum Teil in den Tageszeitungen wieder. Und hier fällt auf: Je höher die Auflage, desto höhere Relevanz gewinnt die Verknüpfung von Sicherheit mit Kriminalität.

An der Spitze steht in diesem Zeitraum eindeutig die Gratis-U-Bahn-Zeitung „Heute“⁴ mit ihrer „Initiative“: „Wien wird sicherer“, der in 8 Beiträgen vom 7.4.06 bis zum 21.4.06 täglich ein bis zwei der rund 25 Seiten gewidmet wurden.

A. Die „Sicherheitsoffensive“ und ihre Quellen

Es begann alltäglich (und endete unauffällig). Am Freitag, dem 7. April, vermeldete die U-Bahn-Zeitung *Heute* als Schlagzeile auf ihrer Titelseite: **„Kriminalität wächst: 16% mehr Häftlinge!“** Am Montag, dem 10.4.06, wurde noch ein Schäufelchen nachgelegt: **„Jetzt reicht's: Sofort 3000 Polizisten mehr. • 16% plus bei Häftlingen, Zahl der Überfälle, Einbrüche steigt rapide • Streifenbeamte fehlen. Opposition fordert Maßnahmenpaket.“** Und am darauffolgenden Tag hieß es: **„Mitmachen: Wie Wien wieder sicherer wird! • Mehr Überfälle, Polizei fehlt Geld, aber Lohnerhöhung für Häftlinge • Wie waren SIE mit Kriminalität konfrontiert? Leseraktion S. 6, 7“**

Aus dem schier unendlichen Kosmos möglicher Beiträge allgemein und im Besonderen zum Thema Sicherheit wurde also Kriminalität aufgegriffen, und aus den zahlreichen möglichen Verknüpfungen zu Kriminalität war die Wahl auf Sicherheit gefallen.

jene Meldungen, in denen „Sicherheit“ nicht für sich steht, sondern lediglich als ein Begriff auftaucht.

4 Die Gratiszeitung Heute, die von Montag bis Freitag täglich in allen Wiener U-Bahn-Stationen zu finden ist, ist mit 260.000 Exemplaren täglich Wiens auflagenstärkste Tageszeitung (Niederösterreich: 100.000, Graz: 60.000).



„Wir machen Wien sicherer“
Zur Sicherheitsinitiative der U-Bahn-Zeitung *Heute*

Datum	Schlagzeilen	Kriminalität		Sonstiges
		„Wien wird sicherer“	unter Bekannten	
Fr, 07.4.06	Kriminalität wächst: 16% mehr Häftlinge			
Mo, 10.4.06	jetzt reicht: sofort 3000 Polizisten mehr			
Di, 11.4.06	Mitmachen: wie Wien wieder sicherer wird			
Mi, 12.4.06		für Betrug: 67 Tage neben Leiche gelebt		
Do, 13.4.06				Italien: Wahlurnen im Müll gefunden
Fr, 14.4.06		Das Ende einer Liebe: 2 Tote in einer Mordnacht		
Mo, 17.4.06	Feiertag			
Di, 18.4.06		zu laut: Nachbarn im Zorn erschossen		
Mi, 19.4.06				Totalreform des ÖGB: Nürnberger geht
Do, 20.4.06				Unfall: Fotolöwe als Lebensretter
Fr., 21.4.06				EU-Hilfe für Russen: Milliarden versenkt!

Die Beiträge von *Heute* speisen sich im Wesentlichen einerseits aus 3 Presseaussendungen der SPÖ⁵, in denen wiederum auf die Umfrage eines Marktforschungsinstitutes sowie auf die monatliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes verwiesen wird, andererseits aus einem Beitrag der Kronen Zeitung. In der zitierten Marktforschungsumfrage wurden im März 1000 ÖsterreicherInnen zu ihrem Sicherheitsgefühl in Hinblick auf Kriminalität befragt, mit dem Ergebnis, dass sich 31% der Befragten „sehr sicher“, 50% „eher sicher“, 16% „weniger“ und 3% „gar nicht sicher“ fühlen. Die 4 vorgegebenen Maßnahmen für mehr Sicherheit (mehr Polizeidienststellen, mehr öffentliche Polizeipräsenz, Videoüberwachung von Unterführungen und höhere Strafen bei Gesetzesbrüchen), aus denen die Befragten wählen konnten, wurden schließlich alle von einer breiten Mehrheit zwischen 82 und 91% befürwortet (Abbildung 1).

Zitiert wurden in der Presseaussendung allerdings nur die ersten 3 Ergebnisse (mehr Polizeidienststellen, mehr öffentliche Polizeipräsenz, Videoüberwachung), die Option höherer Strafen, die auch auf hohe Zustimmung (82%) gestoßen war, fand darin keine Erwähnung.

Im Beitrag der Kronen Zeitung vom 10.4.06 wiederum, der als Textgattung irgendwo zwischen Bericht und



Abb. 1: Umfrage des Market Institutes, Schlagzeilen (optional):

5 „90 Prozent der Österreicher sprechen sich für mehr Polizeipräsenz aus. Ein Drittel hat bereits Furcht vor Einbrüchen.“ (8.4.06) „Sicherheit – Menschen lassen sich von Regierung nicht länger belügen, SP will 3.000 Polizisten mehr. VP soll seriöse Sicherheitspolitik statt hohler Propaganda machen, die Versicherungswirtschaft und Bevölkerung erkennen anderes.“ (8.4.06) „Kriminalität – Aufklärung geht weiter zurück. Weniger Aufklärung bei weniger Anzeigen ist weiterer Hinweis auf Personalmangel“ (10.4.06)

„Wir machen Wien sicherer“ Zur Sicherheitsinitiative der U-Bahn-Zeitung *Heute*

Kommentar angesiedelt ist, geht es um Strafgefangene in einer Außenstelle der Justizanstalt Linz. Diese haben laut Krone die Möglichkeit, im Rahmen von Deutschkursen nicht bloß um 24 Cent mehr pro Stunde zu verdienen als ihre arbeitslosen Häftlingskollegen, sondern auch Versicherungszeiten für eine Arbeitslosenunterstützung nach der Haft zu sammeln. Der Artikel ist in der üblichen Stoßrichtung der Kronen Zeitung verfasst: So wird hervorgehoben, dass es sich bei den Häftlingen (in der Titelzeile „Häfnbrüder“) zum Großteil um Schwarzafrikaner handelt, für die im Weiteren synonym der Begriff „Drogendealer“ verwendet wird. Des Weiteren werden Ressentiments gegen den modernen Strafvollzug bemüht („Sechzig [Häftlinge] sind im ‚Normalvollzug‘ arbeitslos – haben außer Fernsehen, Spaziergehen und Fitnessstraining nichts zu tun.“). Unterm Strich wird behauptet, dass die schwarzafrikanischen Drogendealer im Gegensatz zu „unbescholtenen Staatsbürgern“ im ohnedies bereits sehr bequemen Strafvollzug mit Geld und Bildung „gefüttert“ werden, und nach ihrer Entlassung schließlich noch „extra Spendengelder aus ‚3. Welt-Sammlungen‘ erhalten“.

Soviel zu den – öffentlich zugänglichen – Quellen der U-Bahn-Zeitung.

B. Verlauf, Inhalte und Strategien

Kurzzusammenfassung

Begonnen wird am 7.4.06 mit dem Entfachen von Furcht: Von negativen „Rekorden“ bei der Anzahl der Inhaftierten sowohl bundesweit als auch in Wien wird berichtet und „überfüllte Gefängnisse“ als Indikatoren für einen Kriminalitätsanstieg dargestellt. (Dies versteht sich nicht von selbst, könnten höhere Haftzahlen ja auch Resultat einer strengeren Rechtssprechung bzw. einer höheren Aufklärungsquote von Verbrechen sein.) Implizit taucht auch Systemkritik auf: In der Titelzeile: „6073 Verbrecher verbüßen Strafe – Mysterium um Kriminalitätsrückgang“ ebenso wie bereits zu Beginn des Beitrags selbst: „Vom behördlich gefeierten Rückgang der Kriminalität ist in heimischen Haftanstalten noch kaum etwas zu bemerken, im Gegenteil.“ Eine vorweggenommene „offizielle Darstellung“, die freilich nirgendwo zitiert wird, wird auf diese Weise, wenn schon nicht widerlegt, so doch in Frage gestellt.

Im weiteren Verlauf, also in der nächsten Ausgabe, ertönt nun der Ruf nach mehr Polizei: „Mehr Straftäter, Verbrechen: Sofort 3000 Polizisten mehr!“ An der Darstellung überfüllter Gefängnisse anknüpfend wird ein bedrohliches Szenario etabliert:

„Höchste Alarmstufe herrscht auch in den überfüllten Gefängnissen.“ (10.4.06)

Auf dieser „Basis“ erfolgt schließlich am 11.4. der Start der „Sicherheitsoffensive“: Neben dem erschütternden Foto

eines hilflos vor einem Räuber am Boden kauern den Überfallsoffers (wobei die abgebildete Straftat bereits länger zurückzuliegen scheint, jedenfalls nicht aktuell darüber berichtet wird) erfolgt der Aufruf an die LeserInnen(schaft): „Gemeinsam mit Ihnen, liebe Leser, wollen wir aufdecken, wo in unserer Stadt Verbesserungen nötig sind, wo wesentlich mehr Polizeipräsenz gefragt ist. Und: Lassen Sie uns auch wissen, wenn Sie besonders lange auf Hilfe warten mussten. Wir sammeln diese Anliegen und Klagen und geben sie an die Verantwortlichen weiter.“

Schließlich wird eine SMS-Umfrage vorgestellt, bei der LeserInnen eingeladen werden, per Handy darüber abzustimmen, ob sie sich in Wien mehr Polizei wünschen.

In den folgenden Ausgaben werden 6 Statements von in Wien befragten PassantInnen zum Thema vorgestellt und insgesamt 20 LeserInnenbriefe veröffentlicht, fallweise auch zusammengefasst und kommentiert und in drei weiteren Zeitungsartikeln auf die Personalnot in der Exekutive sowie die steigende Kriminalität verwiesen.

Auffallend ist dabei die konsequent durchgezogene Wiederaufbereitung derselben (spärlichen) Informationen in immerhin 9 Ausgaben der Zeitung sowie der explizite Verweis, diese bereits verbreitet zu haben. Es handelt sich dabei um Zahlen aus den Gefängnisstatistiken (bundesweit und in Wien), um die (monatlichen) Kriminalstatistiken des Jahres 2006 und 2005, die jährliche des Jahres 1999 sowie um Zahlen zum Personalstand der Exekutive aus den Jahren 2000 und 2005.

Wie arbeitet die „Sicherheitsoffensive“ nun aber tatsächlich, welche Strategien zur Konstruktion von Bedeutung werden angewendet?

• Generalisierung: Das Österreich von Heute

Eine zentrale Rolle spielt die Inszenierung des Blattes als Plattform für die „BürgerInnen“: Indem von *Heute* vorgegebene Inhalte immer wieder im „O-Ton“ behandelt werden, die ihrerseits wiederum in den entsprechenden Zeitungsartikeln und Kommentaren aufgegriffen und zur Untermuerung der Grundthese „zitiert“ werden, gewinnt der „Volksmund“, der „einfache Mensch von der Straße“ ein Gewicht, das ihm ansonsten verwehrt bleibt.

Immer wieder wird schließlich in den Berichten auch Bezug auf Gesamtösterreich genommen, etwa wenn „3000 Polizisten mehr“ (10.4.06) gefordert oder die „Ungerechtigkeiten“ in einem Linzer Gefängnis beklagt werden (siehe unten). „Zu Wort“ kommen aber letztlich mit einer Ausnahme (NÖ) ausschließlich WienerInnen und in der Befragung bzw. den Zuschriften werden ausschließlich Wiener „Missstände“ beklagt.

Heute konstruiert damit eine eigene Welt aus BürgerInnen, deren Grundgesamtheit aus den eigenen Wiener LeserInnen besteht: „Dass unbedingt mehr Exekutive nötig ist – dieser Ansicht sind mittlerweile stolze 92 Prozent der Städter. Zu diesem eindeutigen Ergebnis gelangte eine SMS-Umfrage von Heute.“ (13.4.06)



„Wir machen Wien sicherer“
Zur Sicherheitsinitiative der U-Bahn-Zeitung *Heute*

- **Bedrohung von „außen“:** Worüber geklagt, was gefordert und worüber geschwiegen wird

„Schreiben Sie uns, wo Sie Erfahrungen mit Kriminalität gemacht haben, wo Sie sich mehr Schutz wünschen...“, fordert *Heute* seine LeserInnen auf. Und weiß tags darauf von hunderten Briefen, die bereits eingetrudelt seien, zu berichten, von denen in weiterer Folge 20 veröffentlicht werden.

Fast allen gemeinsam ist die Forderung nach mehr Polizei – mit zwei Ausnahmen: ein Leser kritisiert den falschen Umgang mit vorhandenen Ressourcen, da seines Erachtens zu viele Polizisten mit der Verkehrsüberwachung befasst sind (s.u.), eine Leserin führt gestiegene Kriminalität auf die hohe Arbeitslosigkeit zurück und hält politische Konzepte für notwendig.

Gemäß der Art der thematischen Auseinandersetzung lassen sich die abgedruckten Briefe folgendermaßen systematisieren: Zum einen gibt es Leserbriefe mit Schilderungen von Anlassfällen zu Verunsicherung (selbst erlebt oder im Bekannten/Verwandtenkreis), zum anderen jene, die sich auf einer Art Argumentations- oder Metaebene bewegen. Zahlenmäßig dominieren die Erfahrungsberichte (12:8, siehe Abbildung 2).

mehr Beamte, die Kriminellen hätten mehr Angst und Bedenken und würden sich ihre (Raub-)überfälle, Einbrüche usw. sicher doppelt überlegen.“ (14.4.06)⁶

Bei genauerer Betrachtung der selbst erlebten Anlassfälle fällt auf, dass die Beschwerden über Erlebnisse mit „klassischer“ Kriminalität hier nicht die Mehrheit bilden, sondern die Klagen über „Disorder-Phänomene“⁷ im öffentlichen Raum sogar geringfügig überwiegen: Alltagsirritationen wie Drogenszene, Straßenstrich oder lärmende Jugendliche, die als Indiz dafür gewertet werden, dass auf bislang geteilte Normalitätserwartungen kein Verlass mehr ist:

„Ich bin Ordinationshilfe und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs. Hetzendorf – Kaisermühlen, zweimal in der Woche abends. Was man da fast täglich erlebt, ist unglaublich: Drogenhandel. Ausländische Jugendliche, die Fahrgäste beschimpfen und bedrohen.“ (18.4.04)

„Da ich jeden Tag von NÖ nach Wien mit der U-Bahn fahre, kann ich wirklich mitreden, was das Thema Kriminalität – Sicherheit betrifft. Weil man keine Polizisten sieht, hält sich eigentlich niemand an irgendwelche Vorschriften. Es ist schlimm geworden in den letzten Jahren.“ (19.4.06)

Nennungen in den Leserbriefen										
persönliche Betroffenheit					Argumentationsebene					
selbst erlebte Verunsicherung					Verunsicherung im Bekannten/Verwandtenkreis		mehr Polizei nötig	Falscher Umgang mit Ressourcen	Arbeitslosigkeit	
Drogenszene	Gewalt/Bedrohung	Einbruch/Diebstahl	Regelverstöße	Prostitution	Gewalt/Bedrohung	Einbruch/Diebstahl				
3	3	2	2	1	2	1	6	1	1	
				11		3	6	1	1	

Mehrfachnennungen (selbst erlebt/Bekanntenkreis) N = 20

Abbildung 2

Im Kontext der „Sicherheitsoffensive“ dienen die Zwei Erfahrungsberichte offensichtlich dazu, Betroffenheit und auch Wiedererkennungseffekte bei den LeserInnen zu erzeugen, während jene Schreiben auf der Metaebene quasi selbstreferentielle Behauptungen darstellen: Einen roten Faden bildet dabei die Kausalkette „zu wenig Polizei → Wien als ‚Eldorado für Straftäter‘ → hohe Kriminalität → permanente Bedrohung der Bevölkerung“:

„(Mangels ‚natürlicher Feinde‘ = Exekutive) können diverse kriminelle Elemente in unserem Land machen, was sie wollen.“ (18.4.06)

„Ich bin auch für mehr Polizei in Wien. Eine personelle Aufstockung ist meiner Meinung nach wirklich nötig, überhaupt bei der heutigen Kriminalität.(..) Gäbe es

„Zur Aktion Sicherheit von ‚Heute‘ bitte ich um mehr Polizei in der U-Bahn-Station Reumannplatz, Wien 10, da sich dort ständig Drogensüchtige aufhalten. Ebenso im Park.“ (16.4.06)

Themen der selbst erfahrenen bzw. aus dem Verwandten- und Bekanntenkreis berichteten Kriminalität sind: Überfälle, Bedrohung und Diebstähle. Mit wenigen Ausnahmen (Wartezeit, verstärkte Streifen) nimmt die

6 Dieser Leserinnenbrief taucht übrigens – gezeichnet von derselben Verfasserin – einige Tage später, beinahe wortident, allerdings kürzer nochmals auf: „Ich bin auch für mehr Polizei in Wien. Eine personelle Aufstockung ist meiner Meinung nach wirklich nötig, überhaupt bei der heutigen Kriminalität. Sogar an den Schulen gibt es schon so viel Brutalität.“ (18.4.06)

7 Skogan; nach Stangl (1996), S. 44

„Wir machen Wien sicherer“
Zur Sicherheitsinitiative der U-Bahn-Zeitung *Heute*

Themen der Berichterstattung											
	07.04. 2006	10.04. 2006	11.04. 2006	12.04. 2006	13.04. 2006	14.04. 2006	18.04. 2006	19.04. 2006	20.04. 2006	21.04. 2006	
Diebstahl/ gefährliche Drohung	2						1		1	1	
Körperverletzung/ Mord	2					1				1	
Raubüberfälle auf Personen			1		1						
Bankraub/Raubüberfälle auf Geschäfte	1			1							
	5	0	1	1	1	4	1	0	0	2	15
Diebstahl/Gewalt im Bekanntem-/Familienkreis				1			1		1		
Mord im Bekannten-/ Familienkreis		1	1	1		3	4		2	1	
	0	1	1	2	0	3	5	0	2	1	15
Verkehr		2	2			1		3295 ⁸			
sonst. Unfälle		4	2	1	1	1	2	1			
Disorder		1	1						1		
	0	7	5	1	1	2	2	3296	1	0	3315

Abbildung 3

polizeiliche Bearbeitung des erfahrenen Unrechts keinen eigenen Raum ein, aus der Schilderung geht nicht hervor, weswegen eine Aufstockung der Polizei das erlittene Unrecht verhindert hätte.

Interessant ist, dass sowohl in den in den Zuschriften als auch in den Artikeln lediglich – vergleichsweise „harmlose“ – Delikte zur Sprache kommen, die durchwegs von den Opfern unbekanntem Tätern begangen wurden. Keine Erwähnung findet allerdings durch Bekannte bzw. Verwandte verübte Kriminalität. Dies wiederum steht in keinem Verhältnis zur Gesamtberichterstattung des Blattes selbst, ist doch die Anzahl der Berichte zu Delikten im Familien- oder Bekanntenkreis im Berichtszeitraum gleich hoch wie jene Straftaten, die durch Fremde verübt wurden und gleichzeitig ist die Art der berichteten Delikte deutlich gravierender (12 Morde) (vgl. Abbildung 3: „Themen der Berichterstattung“).

Ähnlich verhält es sich beim Thema Verkehr: So berichtet *Heute* am 19.4.06: „Keine Osterpause für Wiens Polizei: Allein von Freitag bis Montag wurden in der Bundeshauptstadt 3295 Fahrzeuglenker angezeigt, weil sie zu flott unterwegs waren. (...) Ebenfalls in die Falle gingen 359 Frauen und Männer, die hinter dem Steuer ohne

8 Im Gegensatz zu den restlichen Zahlen in dieser Zeile, die sich auf Verkehrsunfälle beziehen, bezieht sich diese Zahl auf Verkehrskontrollen.

Freisprecheinrichtung telefonierten. (...) Insgesamt kassierte die Polizei an vier Tagen 39.706 Euro an Geldbußen.“

Ein Zusammenhang mit „Sicherheitsinitiative“ wird hier allerdings nicht hergestellt, denn es geht dabei ganz offensichtlich auch nicht um Sicherheit im Verkehr, in dessen Verlauf ja auch zahlreiche Gesetzesübertretungen möglich sind. Stattdessen wird in einem Leserbrief prägnant festgehalten „(...) und mit mehr Polizeipräsenz sollten nicht Verkehrskontrollen gemeint sein.“ (13.4.06)

Dass in dieser Form der Berichterstattung kein Platz für allfällige Bedrohungen „von innen“ ist, hat, wie im Folgenden dargestellt werden soll, durchaus Methode.

• **Verknüpfung zusammenhangloser Fakten; Reproduktion gesellschaftlicher Hierarchien**

Eine zentrale Grundlage der „Informationsübermittlung“ in der Sicherheitsoffensive ist die – zum Teil kausale – Verknüpfung von Angelegenheiten, die eigentlich in keinem gemeinsamen Kontext stehen: „16% mehr Strafgefangene in Wien – Heute berichtete exklusiv – 33% mehr Einbrüche in Geschäfte, 25% mehr Diebstähle, 10% mehr Überfälle: Wo ist da die Polizei?“ (10.4.) Diese Frage erscheint im Zusammenhang mit den Strafgefangenen zwar überflüssig, denn zumindest diese müssen ja bereits mit der Exekutive zu tun gehabt haben, eine



„Wir machen Wien sicherer“ Zur Sicherheitsinitiative der U-Bahn-Zeitung *Heute*

Aufzählung negativ konnotierter Begriffe ist jedenfalls geglückt. Ähnlich verhält es sich bei folgendem Zitat: **„Die Zahl der Drogentoten ist bundesweit auf 224 explodiert – und auch für Wien sind die aktuellen Zahlen der Kriminalstatistik alles andere als positiv“** (11.4.06). Nun wird in diesem Zusammenhang nicht extra erwähnt, dass Drogentote eigentlich nicht in der Kriminalstatistik geführt werden, bedrohlich und unangenehm klingt die Situation sicher, zumal natürlich Drogen(süchtige) ebenso negativ besetzt sind wie Gefängnisinsassen.

An diesen Beispielen wird bereits deutlich, dass manche (Bevölkerungs)gruppen wenig(er) erwünscht sind und als Bedrohung gezeichnet werden. Neben Gefängnisinsassen und Drogenabhängigen gehören auch Prostituierte zu diesen marginalisierten Gruppen und werden dementsprechend auch in einem Leserbrief als störend angeführt: **„An der äußeren Mariahilferstraße hat sich nichts verändert, trotz aller bisherigen Prostitutionsrazzien.“** (Leserbrief, 13.4.)

Dass in diesem Kontext auch Asylwerber, ob als Verbrecher oder als Schubhäftlinge, als Sicherheitsrisiko nicht fehlen, verwundert kaum. **„Ein Problem bleiben Verbrecher aus anderen Nationen, die häufig unter dem Asyl-Deckmäntelchen nach Österreich einreisen.“** (7.4.06) **„Gleichzeitig warten in Österreich knapp 800 Schubhäftlinge auf ihre Ausweisung – im Jahresvergleich ein unfassbares Plus von 38%“.** (10.4.06) *Heute* greift zu diesem Zweck auch den bereits vorgestellten Artikel der Kronen Zeitung auf: **„Die Polizei muss sparen, doch für Häftlinge gibt's eine Gehaltserhöhung: Ausländische Drogenhändler, die einen Sprachkurs belegen, erhalten mehr Stundenlohn – als ‚Anreiz‘ für ein EU-Projekt.“** Und **„Deutsch für Dealer‘ offiziell abgesegnet“** (11.4.06). **„Arbeitslose müssen über Monate um Zuschüsse für ihre Umschulungskurse betteln, sich diese gar häufig selbst finanzieren – das ist in Österreich selbstverständlich. Gut hat's aber, wer hierzulande hinter Gittern sitzt: Denn ausländische Drogendealer dürfen (Heute berichtete) auf Steuerzahlers Kosten Deutsch lernen.“** (12.4.06) Die Bedrohung von „außen“ ganz in diesem Sinn durchaus als kollektive Bedrohung einer (nationalen) Gemeinschaft verstanden werden, gegen das es sich gemeinsam zu wehren gilt: **„Wir Österreicher haben ein ganz gutes G'spür, wenn etwas nicht passt“** (Kommentar: 11.4.06)

● Systemkritik: Nicht alles, was Gesetz ist, ist auch Recht

Ein wichtiges Element, das sich durch die gesamte **„Sicherheitsinitiative“** zieht, ist die Unzufriedenheit mit der Handhabung und Auslegung von Zahlen und Gesetzen durch die „MachtinhaberInnen“. So schließt der Bericht über die Deutschkurse für ausländische Häftlinge mit folgenden Worten: **„Die Justizministerin verteidigt den umstrittenen ‚Kursbonus‘: Die Mehrbezahlung für die Ausbildung hinter Gittern ist nämlich auch gesetzlich gedeckt.“** (11.4.06)

Systemkritik ist auch ein Element der Herstellung von Gemeinsamkeit, eigentlich Komplizenschaft, eines kollektiven – gleichsam familiären – Rahmens zwischen der anonymen und jeweils vereinzelt LeserInnenchaft mit der Zeitung. Kommunikativ entsteht eine Gruppe, die zusammenhält und durch die Wortführerschaft des Blattes geeint an einem gemeinsamen Ziel arbeitet. Gegner ist hier das politische System der Machthaber, der Regierung, die „auf Kosten des Volkes“ spart. Es ist ein Match „Verlierer gegen Gewinner“ und in diesem Lichte liegt es nahe, dass eben – zumindest manche – Gesetze von der MachtinhaberInnenseite im eigenen Sinn zurechtgebogen werden.

C. Resümee

Kaum ein Thema lässt sich so gut für Stimmungsmache instrumentalisieren wie Sicherheit, weil mit keinem Thema so viel existentielle Angst erzeugt werden kann.

*„Besonders bedenklich ist, dass ein Teil der Angst nicht von Kriminalität herrührt, sondern von der Art, wie sie dargestellt wird. Dies verleitet uns dazu, Steuergelder für das Gefühl der Sicherheit zu verwenden, nicht aber um Kriminalität zu vermindern.“*⁹ Diese ursprünglich auf New York bezogene Diagnose scheint auch im Zusammenhang mit Österreich Gültigkeit zu erlangen. In der vorliegenden Kampagne geht es um Angst, es geht um die Konstruktion einer virulenten Bedrohung „von außen“ und demzufolge um sozialen Ausschluss gesellschaftlich ohnehin bereits marginalisierter Gruppen.

Ziel dieser – punktuellen – Zusammenarbeit von *Heute* und SPÖ ist das Schüren von Misstrauen gegenüber den „Mächtigen“ bzw. die in deren Verantwortungsbereich liegenden „herrschenden Verhältnisse“. Die Zeitung schafft sich damit eine Community von LeserInnen, die Partei hofft auf Wählerstimmen. Als Instrument dienen dafür jedoch nicht ein geschärfter Blick auf komplexe Zusammenhänge und real existierende Missstände, sondern vielmehr Simplifizierungen und das Aufgreifen altbewährter Feindbilder. In dieser Weise kann Angst nicht nur dazu benützt werden, mehr „Rohstoff“ zu bekommen, um expandierende Gefängnisse und Haftanstalten zu „füttern“¹⁰, sondern auch, um Menschen zu instrumentalisieren.

Dass es sich hier um die SPÖ handelt, mag auf den ersten (vielleicht auch den zweiten) Blick überraschen, ist doch die Ausrichtung der Kampagne durchaus dem „rechten“ Spektrum zuzuordnen:

„Das Primat liegt jedenfalls auf polizeilichen Befugnissen, auf Kontrolle und Kriminalitätsbekämpfung: Doch auch das Wort ‚Kriminalitätsbekämpfung‘ erweckt (ebenso wie

⁹ National Criminal Justice Commission (1998), S. 65

¹⁰ ebd., S. 66

„Wir machen Wien sicherer“

Zur Sicherheitsinitiative der U-Bahn-Zeitung *Heute*

Innere Sicherheit) den Eindruck, mit zusätzlichen Befugnissen der Polizei sei es möglich, Kriminalität abzuschaffen oder wie Ungeziefer auszurotten. Diese Begriffe richten sich insgeheim auf die ‚rechte‘ Utopie einer kriminalitätsfreien Gesellschaft, nutzen die Sehnsucht nach einer ‚heilen Welt‘ aus.“¹¹

Jedenfalls fällt auf, dass – nahezu – jede Partei hinter dieser Aktion stehen könnte: BZÖ/FPÖ, die ausgrenzende Oppositionspolitik betreiben, die ÖVP, die das „rote Wien“ angreift. Und nun offensichtlich auch die SPÖ, die das Sicherheitsthema nicht ganz den anderen überlassen mag und es mit einem „Sicherheitskompetenzteam“ (dessen Ziele und Inhalte in den vorliegenden Texten nicht weiter erläutert werden) und der Patronanz der vorliegenden Kampagne mitbesetzt. Bemerkenswert ist dabei, dass auch von linker Seite das große (und geduldige) Gefäß „Sicherheit“ nicht mit neuen oder gar innovativen Inhalten gefüllt wird. Wird das Thema damit „entideologisiert“? Oder heißt das – ganz im Gegenteil – dass alle Parteien letztlich doch den gleichen Ideologien anhängen?

Zentral ist dabei die einerseits „Entdifferenzierung“ (das gesamte Unsicherheitspektrum als große, im Detail undefinierbare, jedenfalls bedrohlich brodelnde Masse), andererseits die doch sehr klare soziale Differenzierung zwischen „uns“ (den ÖsterreicherInnen, den BürgerInnen, den LeserInnen von *Heute*) und „denen“ (Asylwerber, Prostituierte, Häftlinge, DrogenkonsumentInnen). Interessant ist schließlich, dass – bei den eigenen Erfahrungsberichten der LeserInnen zu Unsicherheit – trotz des sehr eng gesetzten thematischen Rahmens – das Thema „Disorder“ im öffentlichen Raum eindeutig dominiert. Gerade die oben geschilderten Probleme mit Alltagsirritationen hätten jedoch auch die Chance für eine gesonderte Auseinandersetzung, das Kommunizieren innovativer und integrativer Ansätze mit diesen Themen eröffnet.

Wer hier wen vor den Karren spannt, die Partei das Medium oder das Medium die Partei, bleibt ungewiss. Wenn wir jedoch davon ausgehen, dass sie sich in einem symbiotischen Verhältnis befinden, liegen wir vermutlich nicht ganz falsch. Ungewiss bleibt schließlich auch der Ausgang der „Kampagne“, die am 21.4.06 im Rahmen des Berichtes über einen (missglückten) Banküberfall ein letztes Mal den Aufruf startet: **„Die Aktion für mehr Polizei geht natürlich weiter. Deshalb: Sagen Sie uns, wo Sie sich mehr Schutz wünschen oder wie Sie vielleicht selbst zum Opfer wurden. Wir leiten die Briefe an die Verantwortlichen weiter.“** (21.4.06)

War es denn nun möglich, die „Massen“ zu mobilisieren? Wie viele Erfahrungsberichte, Klagen und Anliegen (welchen Inhalts) sind tatsächlich eingelangt? Wurden sie

(wann?) tatsächlich in vollem Umfang den „Verantwortlichen“ (welchen?) übermittelt? Und: Wie haben diese reagiert? Ab wann dürfen wir mit Änderungen rechnen (oder zumindest auf eine Stellungnahme hoffen)?

So bleiben auch Wirkung und Endprodukt der Aktion unscharf, was letztlich im Sinne einer „prozessorientierten Sichtweise“ sicherlich nicht ganz unbeabsichtigt ist, denn Zeitungsblätter damit füllen und sich der eigenen Identität versichern kann man damit allemal.

Literatur:

National Criminal Justice Commission, in: Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie. New Yorker „Zero-Tolerance“-Politik 1998 (1998) Baden-Baden (Nomos-Verlag); S. 41–66

J. SEIFERT: Die Erosion von Demokratie durch Übermacht der Exekutive. Sicherheitsapparate, Feindbilder und „Runde-Tisch-Fähigkeit“. Zum Verhältnis von Sicherheit und Frieden. in: Mythos Sicherheit. Der hilflose Schrei nach dem starken Staat. (1995) Baden-Baden (Nomos-Verlag), S. 41–51

W. STANGL: Die Unwirtlichkeit der Stadt als Bedrohung. „Disorder“ und „Crime“ in Wien-Meidling. In: Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 1995. Die sichere Stadt. Prävention und kommunale Sicherheitspolitik (1996), S. 39–55

¹¹ Seifert (1995), S. 42; Mythos Sicherheit

Mag.^a Brita Krucsay, Soziologin; Mitarbeiterin am Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie. brita.krucsay@irks.at